

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 12/19**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

**Im Westen, speziell Mülheim, nichts Neues? Oder 2020 doch?**



Frohe Weihnachten, besinnliche Feiertage,  
einen guten Übergang ins neue Jahr,  
viel Erfolg und vor allem Gesundheit  
wünscht allen



die MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen



Die Kommunalwahlen am 13. September 2020 rücken näher. Nach der Serie von beschämenden "Husarenstreichen" der Mülheimer Stadtpolitik in 2019 - ob Grundsteuererhöhungsorgie, Totalchaos bei der ÖPNV-Planung, gescheitertes Friedhofskonzept, oberpeinliche "Causa Scholten" uswuf. - kann man nur hoffen und beten, dass die anstehenden Wahlen bei dem Großteil der konfuse Lokalpolitik auch zu einer Rückbesinnung führen, für wen sie eigentlich gewählt werden und wessen Wohl sie vertreten sollen! **Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt!**

## Ungeheuerlichkeiten im Mülheimer Rat als nächste Etappe des skandalösen Versuchs der VHS-Zerstörung !?

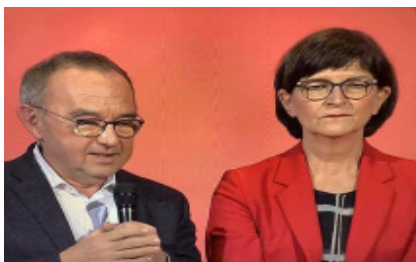
Ein völlig ratloser Stadtrat zeigte sich am 5. Dezember in beschämender Weise als schlechter Verlierer. Auf einem geistigen Niveau, das nur noch erschreckte, war keine ernsthafte Auseinandersetzung über die Frage möglich, wie denn der überaus erfolgreiche Bürgerentscheid umzusetzen sei. Also ging es nur um die Frage, wer der bzw. die Bösen sind, die dem Rat das eingebrockt hätten. Das war dann ganz alleine die MBI und an vorderster Stelle der böse Lothar Reinhard.

Zitat WAZ: **"Die MBI und vor allem namentlich Lothar Reinhard wurde von den Fraktionen an die Wand gestellt."** Und das zweieinhalb Stunden lang! Mehr auf den Seiten 2+3



## Kein "Groko Aus zu Nikolaus"? Vielleicht ein andermal?

Die Mission "Groko Aus zu Nikolaus" wurde abgeblasen. Juso-Chef Kevin Kühnert hat Entwarnung gegeben.



Frohes und geruhames Fest also allerseits. Und Neujahr spricht die Kanzlerin zu uns. Alles wie immer. Mit einem Tweet verkündete der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert, dass die neue SPD-Spitze aus Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans nun entgegen völlig anderer Aussagen vorher die Große Koalition nicht unmittelbar aufkündigt wird. "Wer eine Koalition verlässt, gibt einen Teil der Kontrolle aus der Hand, das ist eine ganz nüchterne Feststellung", sagte Kühnert der Rheinischen Post. Aufbruch gegen den Absturz sieht anders aus, oder?

### Auf den folgenden Seiten:

- Für ein billigeres, besseres VHS-Sanierungskonzept zusammen mit dem VHS-Architekten Teich..... S.2+3
- MBI-Ratsfrau A. Klövekorn für ihre Verdienste geehrt! Verzicht auf den teuren Ehrenring ..... S. 4
- Nach Schließung von Tengelman und RealSpeldorf: Aldi entlässt 290 Beschäftigte in Mülheim ..... S. 4
- Deutschlands Armenhaus ist das Ruhrgebiet ..... S. 4

**Einlegeblatt:** Regierung siegt im Rechtsstreit gegen Autobahnbetreiber und privatisiert trotzdem munter weiter?

## **Für ein billigeres, besseres VHS-Sanierungskonzept in Zusammenarbeit mit dem VHS-Architekten Teich**

Da hatte sich der gesamte Stadtrat außer den 4 Stimmen von MBI und WIR AUS Mülheim eine besondere taktische "Finesse" ausgedacht: Alle enthielten sich bei der völlig indiskutablen Mendackvorlage, die dann mit den obigen 4 Stimmen abgelehnt wurde.

Damit war allerdings eine Hälfte des gemeinsamen Antrags von MBI+WIR AUS Mülheim (s.u.) erfolgreich, nämlich den Planungsbeschluss auf der Grundlage des Gefälligkeitsgutachtens nicht zu fassen. Die zweite Hälfte, den Architekten Teich in das Gebäude zu lassen, wurde bei nur 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung des ex-Linken Marquardt abgelehnt. Und nun?

**Wie beim ÖPNV, bei den Flüchtlingsholzhäusern, den OGS-Zuschüssen, der Verkehrsführung, und, und, und .....**

Vollständige Ratlosigkeit, gepaart mit kindischer Zänkerei und krankhaften Profilneurosen

**Kurzum: Die Stadt Mülheim ist nicht nur finanziell vor die Wand gefahren, sie ist auch noch geistig bankrott. Eine schwerwiegende Demokratiegefährdung schwebt über unserer Stadt!**

Antrag von MBI und WIR AUS Mülheim für den Rat der Stadt Mülheim am 5.12.19 zu

TOP 5.2. „Modernisierung und Teilsanierung des Gebäudes an der Bergstraße 2 zur Nutzung als Heinrich-Thöne-Volkshochschule gemäß Bürgerentscheid am 06.10.2019; Planungsbeschluss Vorlage: V 19/0932-01“ als Planungsbeschluss

Erstellung eines Wiederherstellungskonzepts für die Volkshochschule in der MüGa unter Mitwirkung des Architekten, Herrn Teich

Beschlussvorschlag:

**Der Planungsbeschluss zur Umsetzung des Bürgerentscheids vom 6.10.19 wird zurückgestellt, da er auf der Grundlage des PSPC-Assmann-Gutachtens und auf einer allumfassenden Sanierung und Renovierung beruht. Anstelle dessen beauftragt der Rat die Verwaltung, umgehend dem Architekten des Gebäudes, Herrn Teich, den Zugang zum Gebäude zusammen mit dem von ihm angebotenen renommierten Sachverständigen, Herrn Prof. Pfeiffer, zu ermöglichen, damit ein kostengünstiges, selbstverständlich fach- und sachgerechtes Konzept zur Umsetzung des Bürgerentscheids wie versprochen auf Kosten von Herrn Teich erstellt werden kann.**

Begründung

In Abschnitt b) der Beschlussvorlage V 19/0932-01 soll einzig gemäß der Ausführungen des PSPC-Assmann-Gutachtens zum VHS-Standort Bergstr. weiter verfahren werden, ungeachtet des deutlichen Ergebnisses des Bürgerentscheids für die Wiedernutzung des Gebäudes als VHS. Im vorliegenden Beschlussvorschlag sind Kosten von nunmehr sogar 22,5 Mio. € inkl. alleine 3,9 Mio. € Planungskosten sowie eine europaweite Ausschreibung angegeben, so dass die Wiedernutzung der VHS erst 2025 möglich würde und zudem diverse andere Maßnahmen des Immoservice dafür zurückgestellt werden müssten.

**Das alles ist überflüssig, zu teuer, zu langwierig und entspricht nicht der Intention des Bürgerentscheids. Im Gegenteil: Damit wird das Bürgervotum konterkariert und sabotiert.**

Das VHS-Gebäude ist nachweislich des PSPC-Assmann-Gutachtens in einem guten Zustand. Auch die vor 2 Jahren angeblichen Statikprobleme wurden genau wie mutmaßliche größere Schadstoffbelastungen nicht festgestellt. Die bis heute andauernde Schließung des Gebäudes ist nur noch mit mangelndem Brandschutz begründet. Wesentliche Brandschutzmängel wie die fehlende Schottung sind bereits seit 2007 bekannt und deren Behebung war im Brandschutzsanierungsgutachten von 2012 dezidiert aufgelistet. Diese Maßnahmen sind relativ zeitnah und ohne Komplettumbau umsetzbar.

**Der Architekt Teich hat bereits mehrfach seine Hilfe angeboten und verwies gleichzeitig auf**

**sein unstrittig bestehendes Urheberrecht an dem Denkmal der VHS in der MüGa. Bisher wurde ihm aber jedes Mal ziemlich unfreundlich kein Zutritt gestattet.**

Anstatt jetzt einen ungeeigneten Planungsbeschluss wie oben skizziert zu beschließen, sollte Herr Teich unverzüglich und nach Möglichkeit noch vor Weihnachten zu dem VHS-Ortstermin zusammen mit Prof. Pfeiffer aus Darmstadt eingeladen werden. Herr Teich war bisher stets der festen Überzeugung, dass für ca. 2 Mio. € die Brandschutzsanierung so gestaltet werden kann, dass das Gebäude danach wieder nutzbar wäre. Danach könnten weitere Renovierungsmaßnahmen abschnittsweise durchgeführt werden, wobei der Betrieb entsprechend nach und nach in der bewährten VHS in der MüGa wieder aufgenommen werden könnte. Das ist umso notwendiger, weil der insbesondere für Weiterbildung und Integration enorm wichtige VHS-Betrieb durch die Schließung und den Ersatz am ungeeigneten Standort Aktienstr. massiv an Quantität und Qualität eingebüßt hat. Einige Bereiche müssen deshalb wieder neu aufgebaut werden, was nach und nach in den bereits renovierten Teilabschnitten im MüGa-Gebäude geschehen könnte und sollte.

Voraussetzung ist, dass der Brandschutz und die übrigen Umbauten getrennt voneinander geplant und beauftragt werden. Damit wird auch keine EU-weite Ausschreibung erforderlich, die das Ganze nur verzögern und deutlich verteuern würde. Herr Teich hat mehrfach ein Konzept ohne die unnötige Komplettisanierung vorgeschlagen. Deshalb sollte ihm endlich die Möglichkeit gegeben werden, dies zu konkretisieren und insbesondere für den Brandschutz eine Kostenschätzung vorzulegen. Das ist nur möglich, wenn er mit den von ihm auf seine Kosten beauftragten Experten das Gebäude auch betreten und begutachten kann. Herr Teich will der Stadt Mülheim einen Gefallen erweisen, weil er bis heute auch stolz ist auf sein gelungenes Bauwerk, das nicht zufällig von der LVR-Denkmalbehörde in höchsten Tönen gelobt wurde, da die Funktionalität als Volkshochschule und als demokratische Begegnungsstätte mit dem Gebäude in hervorragender und vorbildlicher Weise umgesetzt worden war. Nach den verschiedenen Anläufen ab 2013, die VHS aus der MüGa verlagern zu wollen, wurde sie zwar zusehends stiefmütterlich behandelt, konnte aber trotz aller Erschwernisse im wesentlichen ihr hohes Niveau und mit über 500 Kursen auch ein großes Angebot aufrecht erhalten. Das hat sich nach Sept. 2017 drastisch verringert, so dass viele Kursteilnehmer sich inzwischen abgewendet haben und in Nachbarstädten ihre Kurse besuchen. Auch etliche Dozent/innen stehen nicht mehr zur Verfügung. Dieses Absinken des Niveaus der Mülheimer VHS eher auf den Stand einer kleineren Mittelstadt in der Provinz ist umso bedenklicher, weil die Anforderungen an VHS in einer Großstadt, insbesondere im kriselnden Ruhrgebiet, zuletzt rapide gestiegen sind, ob es sich um Digitalisierung, Integration oder Demokratieförderung handelt.

**Das verlorene Terrain kann mit dem vorgeschlagenen Fahrplan von Immoservice und Kämmerer nicht wieder aufgebaut werden, soll es womöglich auch nicht. Doch Bildungspolitik darf man nicht einer Immobilienwirtschaft überlassen, denn die orientiert sich logischerweise nicht an dringenden Bildungsbedürfnissen einer sich rapide ändernden Stadtgesellschaft.**

Die bewährte Mülheimer VHS in der MüGa muss schnellstmöglich wieder nutzbar gemacht werden, um die zentralen Aufgabenbereich evon Weiterbildung und Integration nach und nach wieder aufbauen zu können. Die vom Kämmerer vorgelegte Beschlussvorlage V 19/0932-01 ist dafür ungeeignet und kontraproduktiv.

**Deshalb muss ein anderes Konzept her, was Herr Teich dankenswerterweise angeboten hat.**

Dadurch kann der maroden Stadtkasse viel Geld erspart werden, denn damit ist es auch nicht vonnöten, andere Schulen oder den Sport hinten anzustellen und gegen die VHS-Sanierung aufzubringen. Damit wäre auch ein wichtiger Schritt gegen die Spaltung der Stadtgesellschaft getan. Die Glaubwürdigkeit von Rat und Verwaltung bei der Umsetzung des Bürgerwillens wird mit der Beschlussvorlage V 19/0932-01 erheblich zusätzlich beschädigt, auch wegen der gesamten Vorgeschichte der VHS-Auseinandersetzungen seit 2013.

Lothar Reinhard, MBI-Fraktionssprecher und Cevat Bici, WIR AUS Mülheim

### **Leserbrief von Prof. Traub zu den Ungeheuerlichkeiten im Rat**

*"Was ist ein Bürgerentscheid wert, wenn nach der Entscheidung durch eine deutliche Mehrheit der Bürger dieser Stadt alle diejenigen, gegen deren Pläne der Entscheid ausgefallen ist, nun so tun, als sei nichts geschehen? Und man könnte da weitermachen, wo man vor dem Bürgerentscheid aufgehört hat. Demokratie heißt u. a.: Mehrheitsentscheidungen anzuerkennen und damit konstruktiv umzugehen. Die nun wieder aufflammenden Querelen und Stimmungsmache gegen das Votum des Bürgerentscheides seitens der Verwaltung, der Schulen, Sportvereine und vor allem der Ratsparteien, der SPD, der Grünen und der CDU – auch durch die Presse forciert – offenbart ein beängstigendes Ausmaß an Demokratiedefizit. Bei Bürgern und Bürgerinnen, die für den Erhalt der VHS gestimmt haben, verfestigt sich der Eindruck der Respektlosigkeit gegenüber ihrer demokratischen Entscheidung. Muss man sich dann noch wundern über Politikverdrossenheit oder über die Hinwendung zu Parteien, die mit demokratischen Prozessen und Strukturen wenig anzufangen wissen? Wohl nicht."*

## MBI-Ratsfrau für ihre ehrenamtlichen Verdienste geehrt!

OB Scholten zeichnete in einer Feierstunde am 8. Dez. Annette Klövekorn für ihr politisches Engagement in der MBI mit dem Ehrenring der Stadt Mülheim aus. Doch die MBI-Ratsfrau lehnte den Ehrenring ab. Zur Erläuterung: Annette wollte keinen Ehrenring. Sie wollte das Geld dafür, ca. 7 bis 800 €, wenn schon, dann lieber dem VGBS von Alfred Beyer gespendet wissen, der bekanntlich seit Jahren eine vorbildliche Integrationsarbeit für Behinderte und Nichtbehinderte in Mülheim leistet. Über viele Monate ging die Frage durch diverse Gremien, ob sie das überhaupt dürfe. Weil die meisten Fraktionen im Rat hier keinen Präzedenzfall schaffen wollten, der sie unter Druck hätte setzen können, war keine Satzungsänderung möglich. Das könne ja der nächste Rat dann machen, so der Tenor. Weil eine derartige Spende satzungsgemäß nicht möglich ist, verzichtete Annette auf den Ring und ließ sich „nur“ mit einer Urkunde ehren für ihre langjährige Tätigkeit in Bezirksvertretung und Rat. Herzlichen Glückwunsch! Sie hat diese Ehrung vollauf verdient und sie hielt auch eine ausgezeichnete Rede bei der Veranstaltung. Anm.: Anders als die WAZ es schrieb, wurde sie nicht „für ihr politisches Engagement in der MBI“ geehrt, sondern für die ehrenamtliche Tätigkeit für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Mülheim und das an vielen Beispielen auch außerhalb von BV und Rat!



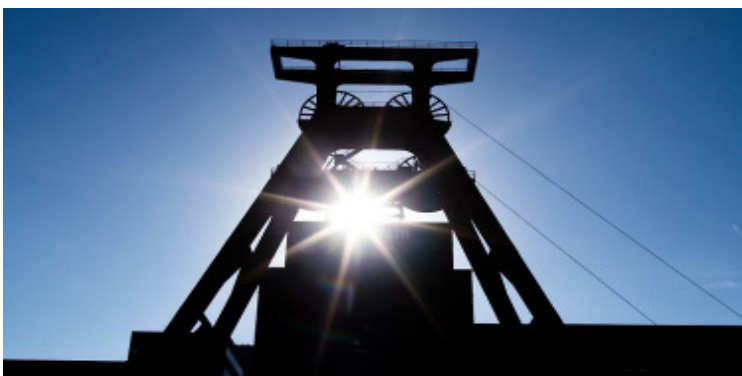
## Aldi entlässt 290 Beschäftigte in Mülheim

Der Discounter Aldi Süd mit Hauptsitz in Mülheim (ca. 3000 Beschäftigte dort) löst zwei von 30 Regionalgesellschaften auf. In Mülheim und Roth bei Nürnberg erhalten jeweils 290 Mitarbeiter die Kündigung. Auch die Regionalgesellschaft Mülheim will Aldi Süd schließen. Sie ist im Gründungsgebäude aus den 70er Jahren am Unternehmenssitz in Mülheim untergebracht. Die Kündigungen für 580 Mitarbeiter von Aldi Süd in Mülheim und Roth haben Betroffene und Betriebsrat kalt erwischt. Verdi spricht von "Skandal". Nach dem Weggang von Brenntag, den drohenden Entlassungen bei Siemens, dem Wegzug der Tengelmann-Zentrale, der Schließung von Real Weseler Str. schmerzen auch die Aldi-Entlassungen empfindlich!

aus ntv-Bericht am 12.12.19: **Deutschlands Armenhaus ist das Ruhrgebiet!**

Die Armutsquote in Deutschland sinkt. Das ist die gute Nachricht des Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbands. Regional gibt es aber große Unterschiede - zwischen Süden und Norden im Allgemeinen und NRW im Speziellen. **In gut einem Viertel der 95 untersuchten Regionen sei die Armut in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 20 Prozent gestiegen**, beklagte der Paritätische. Der Verband stützte sich in seiner Untersuchung auf Daten des Statistischen Bundesamts aus dem sogenannten Mikrozensus. Als arm wird dabei jemand definiert, der weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Dabei werden auch staatliche Leistungen wie Wohngeld und Kindergeld mit berücksichtigt.

## Ruhrgebiet "Problemregion Nummer eins"



Das Ruhrgebiet bleibe mit einer Armutsquote von 21,1 Prozent bei 5,8 Millionen Einwohnern "Problemregion Nummer eins" erklärte der Verband. Sorgen bereite auch Hessen - in dem Bundesland sei die Quote seit 2008 von 12,7 auf 15,8 Prozent gestiegen. Bundesweit zeige außerdem die Altersarmut eine "besondere Dynamik".

Vergleichsweise gut sieht es den Angaben zufolge im Süden der Republik aus: Für Bayern und Baden-Württemberg ergebe sich eine gemeinsame Armutsquote von 11,8 Prozent, in NRW 18,1 %, in den Ost-Ländern zusammen 17,5 %.

# Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r  
B ü r g e r -  
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

**M B I**

e-mail: [fraktion@mbi-mh.de](mailto:fraktion@mbi-mh.de)

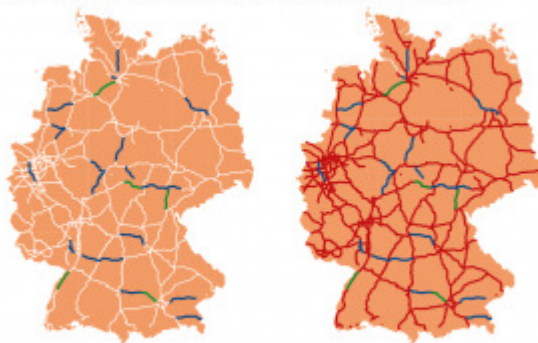
<http://www.mbi-mh.de>

## Regierung siegt im Rechtsstreit gegen Autobahnbetreiber und privatisiert trotzdem munter weiter?

### Bananenrepublik Deutschland, Bspl. Autobahnprivatisierung per ÖPP

Über das größte Geschäft, das die trudelnde GroKo-Regierung noch vorhat, wird öffentlich nur wenig berichtet. **Es handelt sich um die stückweise Privatisierung der deutschen Autobahnen, was auch die Einführung einer PKW-Maut nach sich ziehen würde.** Die bisherigen ersten ÖPP-Teilprojekte (öffentlich-private "Partnerschaft") laufen nicht wirklich gut. Dennoch will die Regierung festhalten an dem Privatisierungsmodell noch aus der Zeit von SPD-Wirtschaftsminister Gabriel, der damals kackfroh verkündete, die Autobahnen würden nicht privatisiert, wenn sie ins Eigentum einer staatlichen "Fernverkehrsgesellschaft" überschrieben würden. Diese könne dann abschnittsweise ein Autobahnstück nach dem anderen an private Betreiber mit ÖPP vergeben, welche ihre Einnahmen durch die Maut generieren könnten. Um das zu ermöglichen, wurde das Grundgesetz am 1.6.2017 (schnell noch vor der Bundestagswahl im Sept.) in großem Stil geändert. Viele Medien spielten dabei voll mit, ob "Zeit", "Welt", "Morgenpost" oder "Tagesschau". Ein wenig kritischer war die WAZ, die hervorhob, dass es auch darum geht, dass der damalige Finanzminister Schäuble mit der PPP-Fernstraßengesellschaft einen gigantischen Schattenhaushalt am Bundeshaushalt vorbei aufstellen könne, um so u.a. die Maastricht-Kriterien zu umgehen und weiter seine Schwarze Null bilanziell herbeizaubern zu können. **Die Fernstraßengesellschaft kam aber bisher nicht richtig in die Pötte, denn u.a. die Überführung der landeseigenen Autobahnbetreiber und -gesellschaften wie z.B. Straßen.NRW ist alles andere als einfach und geht nicht reibungslos.** Die inzwischen in Bundesinfrastrukturgesellschaft umbenannte Fernstraßengesellschaft soll nun doch erst 2021 installiert sein, also noch gerade rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen.

### Hier droht Autobahnprivatisierung



Privat betriebene Autobahnabschnitte heute (links) und im Rahmen einer Bundesfernstraßengesellschaft (rechts)

— ÖPP-Autobahnabschnitte (bereits im Bau/in Betrieb)  
— ÖPP-Autobahnabschnitte (geplant/in Ausschreibung)  
— ÖPP-Autobahnabschnitte (künftig in Verwaltung der Bundesfernstraßengesellschaft)

Grafik: ÖIB

### Geplante PKW-Maut mit ÖPP-Autobahn-Privatisierungsflop?

Auch die bisherigen ÖPP-Modellabschnitte von Autobahnen erwiesen sich als hoch problematisch, am schlimmsten das einst hochgelobte Vorzeigeprojekt der Hansalinie auf der A1. Auch dass die alberne Dobrindt-Maut als Einstiegsversuch für flächendeckende PKW-Maut gescheitert ist, hat die Pläne der Autobahnprivatisierung im Wert von mindestens 600 Milliarden Euro(!) nicht beflügelt, zum Glück. Auch die Turbulenzen um die Tollcollect als Eintreiber der LKW-Maut dämpften glücklicherweise die Geschwindigkeit der Umsetzung der Vorhaben mit PKW-Zwangsmaut.

**Doch bisher gibt es leider noch keine Signale, dass in Berlin die Pläne der ÖPP-Privatisierung deutscher Autobahnen und dann vielleicht auch zusätzlich noch Bundesstraßen revidiert werden sollen. Dabei hätte das Desaster mit den privatisierten Autobahnen u.a. in Spanien auch in Deutschland zu denken geben müssen.**

Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Celle Ende Nov. stehen der Autobahngesellschaft "A1 Mobil" keine millionenschweren Nachzahlungen von 778 Millionen Euro durch die Bundesrepublik wegen entgangener Einnahmen bei der Bewirtschaftung der sogenannten Hansalinie zu. **Das ist gut so, aber leider längst kein Garant dafür, dass der Bund am Ende nicht doch als Zahlmeister einspringt.** b.w.

## **Eines will die Bundesregierung anscheinend nicht: Den Ausverkauf der Fernstraßen stoppen.**

Die "A1 mobil GmbH" betreibt die 73 km-lange Hansalinie zwischen Hamburg und Bremen welche sie von 2008 bis 2012 im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) sechsspurig ausgebaut hatte. Im Gegenzug soll das Konsortium aus dem britischen Infrastrukturfonds John Laing und der deutschen Johann-Bunte-Bauunternehmung 30 Jahre lang mit Erlösen aus der Lkw-Maut vergütet werden. Doch im Gefolge der globalen Finanzkrise von 2008 bretteten weniger Brummis als geplant über den Asphalt. Die Profite sprudelten nicht wie erwünscht und die Gesellschaft geriet angeblich in "Existenzbedrohung".

Erstes Opfer war die Baufirma **Bilfinger**, anfangs noch als dritter Investor dabei. Sie überließ 2014 ihre Anteile den beiden Verbliebenen und beendete das Engagement mit einem Verlust von 34 Millionen Euro. Schwer gezeichnet schrieb der Baukonzern gleich das ganze Geschäftsmodell ab. "**Straßenbau unter ÖPP-Vorzeichen ist für uns künftig ausgeschlossen.**" Bunte und Laing wollten das Feld nicht so einfach räumen. Nachdem seit 2010 mehrere Schlichtungsrunden mit dem Bundesverkehrsministerium gescheitert waren, gingen sie im August 2017 aufs Ganze und erhoben Klage vor dem Landesgericht (LG) Hannover. Ihre Argumentation: Die 2008er Wirtschaftskrise als Auslöser des Gewinneinbruchs sei ein nicht vorhersehbares Risiko gewesen und könne deshalb nicht einseitig getragen werden. Neben Schadensersatz wollte die Gesellschaft eine Nachbesserung der Vergütung für den Betrieb der Strecke.

Im September 2018 verwarf das LG den Vorstoß: Eine Anpassung des Vertrages komme nicht in Betracht, da der Bund das "Verkehrsmengenrisiko nicht habe übernehmen wollen". Dieser Sichtweise schloss sich im Berufungsverfahren nun auch das OLG an. Demnach liege das Risiko "ausschließlich und unbegrenzt" auf Seiten des Konsortiums. O-Ton: "*Dementsprechend erscheine es fernliegend, dass die Parteien bei Vertragsschluss übersehen haben könnten, dass das - wenn auch möglicherweise eher geringe - Risiko eines starken Verkehrsmengenrückgangs während der Vertragslaufzeit bestand.*" übersetzt also, was man normalerweise unternehmerisches Risiko nennt.

## **Aber folgt daraus, dass der Staat als Gewinner vom Platz geht? Wohl kaum.**

Noch ist nicht klar, wie die Sache juristisch weitergeht. Eine Revision hat das Gericht nicht zugelassen. Damit bleibt den Unterlegenen noch die Möglichkeit, eine Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Bundesgerichtshof (BGH) anzustrengen. **Größere Ungewissheiten birgt allerdings das Szenario, dass das Konsortium pleite geht.** Wird dann der Betrieb auf der Hansalinie einfach eingestellt? Ganz bestimmt nicht. In diesem Falle müsste der Bund zwangsläufig in die Bresche springen - zu gegenwärtig nicht kalkulierbaren Kosten. **Hier offenbart sich der erpresserische Charakter solcher Privatisierungsdeals.** Weil man Bundesstraßen und Autobahnen im Ernstfall nicht sich selbst überlassen kann, haftet am Ende immer der Steuerzahler.

## **Traumrenditen von 30 Prozent**

Die Initiative Gemeingut in Bürgerhand (GiB) hatte vor zwei Jahren Internetausstellung gemacht, wonach "A1 Mobil" **für die Dauer des 30-jährigen Engagements mit einer durchschnittlichen Rendite von 30 Prozent jährlich auf das eingesetzte Kapital kalkulierte.** In solchen Größenordnungen wagte nicht einmal Ex-Deutsche-Bank-Boss Josef Ackermann zu denken. Die fragliche Aufstellung war laut GiB Teil der Klageschrift der Gesellschaft gegen den Bund

Im Nov. erst musste die Bundesregierung auf Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke anhand eigener Zahlen einräumen, dass von Privaten betriebener Straßenbau nahezu ausnahmslos teurer als vergleichbare Unternehmungen in staatlicher Regie ist. Demnach sprengen zwölf von fünfzehn laufenden oder geplanten ÖPP-Projekten den ursprünglich veranschlagten Ausgabenrahmen. Spitzenreiter ist ein Streckenteil zwischen Ulm und Augsburg, der statt der vorgesehenen 850 Millionen mindestens 1,348 Milliarden verschlingen wird. Insgesamt sind in nur 15 Fällen - Stand jetzt - 3,2 Milliarden Euro an Mehrkosten aufgelaufen. Dabei legen die Kosten erfahrungsgemäß später noch einmal drastisch zu.

Dass mit der Hansalinie ausgerechnet die einst hochgejubelte ÖPP-Vorzeigeunternehmung in die Schlagzeilen geriet, war und ist ein schwerer Schlag für die Privatisierungslobby. Das Projekt ist das bislang größte seiner Art und galt als Musterbeispiel für die behauptete Zweckmäßigkeit, privates Kapital für Ausbau und Erhalt der öffentlichen Infrastruktur einzusetzen. **Konsequenzen aus dem Debakel? Fehlanzeige!!!**

**Im Bundeshaushalt für 2020 sind sechs Milliarden Euro für vier neue ÖPP-Autobahnprojekte vorgesehen. Und die Mitte 2017 beschlossene und bis 2021 zu installierende "Infrastrukturgesellschaft Verkehr" soll dann in großem Stil ÖPPs zum Straßenbau-Standardmodell machen.**

